

## **Kleine Anfrage 493**

der Abgeordneten Iris Schülzke  
(BVB / FREIE WÄHLER Gruppe)

an die Landesregierung

**Kleine Anfrage – Nachfrage auf die Kleine Anfrage 312 Drucksache 6/678  
Antwort Drucksache 6/958**

### **Beeinträchtigung von Anwohnern durch Windenergieanlagen**

In der Antwort der Landesregierung wird in der Vorbemerkung festgestellt, dass genehmigungspflichtige Anlagen (hier WEA ) so zu errichten und zu betreiben sind, dass zur Gewährleistung eines hohen Schutzniveaus der Umwelt insgesamt schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und Belästigungen für die Allgemeinheit und der Nachbarschaft nicht hervorgerufen werden können.

Weiterhin wird ausgeführt, dass auf der Grundlage des WEA-Geräuschimmissionserlasses des MLGV bei der schalltechnischen Prüfung von WEA bereits „Zuschläge“ vergeben wurden. Die Beurteilungspegel liegen bei WEA im Vergleich mit den normativen Anforderungen somit zugunsten betroffener Anwohner.

### **Ich frage die Landesregierung:**

1. Wie viele Beschwerden aufgrund gesundheitlicher Beeinträchtigungen (Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit etc.) oder Lärmbelästigungen durch Schall/ Infrasschall liegen der Landesregierung seit 2006 vor?

In der Antwort vom 30.03.15 werden lediglich 58 Beschwerden genannt. Dabei ist nur eine Beschwerde aus Schlieben vom 12.03.2014 aufgeführt. Die weiteren mir bekannten Beschwerdeschreiben vom 16.02.07, 12.06.07, 20.06.07, 03.08.07, 15.10.07, 02.02.09, 02.02.10, 14.08.13, 18.09.14, 24.10.13, 18.03.14 und vom 18.02.15 sowie das Schreiben der Bürger aus Buchhain vom 30.06.13 sind nicht genannt.

**Somit frage ich nochmals: Wie viele Beschwerden liegen wirklich vor und warum wurden die echten Zahlen nicht zur Verfügung gestellt?**

2. Wurden in Fällen der angezeigten Lärmbelästigung Prüfungen der Überschreitung der Immissionsschutzwerte durchgeführt? In der Antwort vom 30.03.15 wird ausgeführt, dass das LUGV zunächst gegenüber dem Betreiber der WKA eine eigene Überprüfung veranlasst. Wann, wo und in welcher Form die Überprüfungen erfolgen, wurde nicht beantwortet. Hiermit bitte ich um detaillierte Antwort und um Nachweis der Dokumentationen der Prüfungen sowie um Mitteilung, welche Instrumente und Messverfahren im Einzelnen zur Anwendung gekommen sind!
3. Wie erfolgt die Kontrolle der Angaben der Betreiber der WEA durch die zuständigen Ämter?
4. Sind nach Häufung der Beschwerden aus der Bevölkerung überhaupt ordnungsgemäße Nachweismessungen durch das LUGV durchgeführt worden (Bitte Messprotokolle bzw. Ergebnisse der Messungen die das LUGV durchgeführt hat beifügen oder in einer Tabelle zusammenstellen und die Messverfahren/Messgeräte benennen) um sicherzustellen, dass die Auflagen der Baugenehmigungen eingehalten werden oder ist die „Allgemeinheit und Nachbarschaft“ mit ihrer Gesundheit der Immissionslast durch die WEA hier den Angaben der Betreiber der WEA schutzlos ausgesetzt?
5. Sind von unabhängigen Experten Lärmmessungen bzw. Immissionswerte gemessen worden, wenn Gemeinden und Ämter auf besondere Beeinträchtigungen durch WEA hingewiesen und Messungen gefordert haben, so z.B. am 02.02.2009, am 14.08.2013, am 24.10.2013 oder am 18.09.2014 in Schlieben und haben die Ämter und Gemeinden qualifizierte Antworten mit Messergebnissen bekommen um ihre Bürger zu informieren?
6. Durch WEA-Betreiber wird in der Bauplanungsphase immer wieder versichert, dass keine Immissionsbelastung für die Bürger besteht. Im Schreiben der Bürger aus Buchhain vom 30.06.2013 wird dies nochmals sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Landesweit liegen massive Bürgerbeschwerden vor, speziell zu den enormen Lärmbelästigungen. Leider sind durch bisher unbekannte Nachlässigkeiten nur 58 Beschwerden in den Jahren 2007 bis 2015 erfasst. Da die Betreiber kein Interesse haben, bei gutem Wind ihre Anlagen zu drosseln bzw. stillzulegen, da dies beachtliche Einnahmeverluste nach sich ziehen würde, ist es höchst unverständlich, warum die Betreiber der WEA zu Immissionswerten abgefragt werden, wenn sich anliegende Bürger über den Lärm, Schall und Schattenwurf beschwerten. Auf welcher rechtlichen Grundlage erfolgt diese Verfahrensweise?